



**N I E D E R S C H R I F T**  
**(öffentlicher Teil)**  
**15. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode**  
**2013/2018**  
**am Dienstag, 02.06.2015**

**Ort:** Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,  
23560 Lübeck,  
**Beginn:** 16:01 Uhr  
**Ende:** 18:47 Uhr

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Ingo Schaffenberg- SPD

Vertretung für: Herrn Sankewitz,  
Andreas

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN

Antje Jansen- DIE LINKE

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN

Heidmarie Menorca- CDU

Peter Petereit- SPD

Henning Stabe- CDU

Thomas Thalau- CDU

bis 17.53 Uhr

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Gesche Peters- SPD

Vertretung für: Herrn Schaffenberg,  
Ingo

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN

Nil Gersdorf- CDU

Jean Paul Köpsell- SPD

Natalie Regier- BfL

Joachim Schlitzke- FDP

Ulrike Siebdrat- SPD

## Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales  
Aenne Beuck-  
Monika Borso-  
Dr. Kaschlin Butt-  
Ulrike Harnack-  
Marion Höfs-  
Elke Sasse-  
Dirk Schmüser- 2.500 Soziale Sicherung  
Matthias Schröder- SIE  
Claudia Schwartz-  
Anke Seeberger-  
Manfred Uhlig- Zentrales Controlling  
Matthias Wulf-

## Protokollführung

Britta Bormann-

## Gäste

Peter Jugert- Seniorenbeirat ab 16.13 Uhr  
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck

## Entschuldigte Mitglieder

## Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD fehlt entschuldigt

## Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD Vorsitz

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

1. **Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**
2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
3. **Feststellung der Tagesordnung**
4. **Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.05.2015**
5. **Mitteilung des Vorsitzenden**
6. **Berichte**
  - 6.1. Bericht zum aktuellen Sachstand 'Prävention im Alter/Präventive Hausbesuche' vor dem Hintergrund des Gesamtkonzeptes Leben und Wohnen im Alter  
Vorlage: VO/2015/02479
  - 6.2. Jahresbericht 2014 über die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten  
Vorlage: VO/2015/02724
7. **Beschlussvorlagen**
  - 7.1. Zuschussverträge mit freien Trägern  
Vorlage: VO/2015/02665
8. **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**
  - 8.1. Mehr Sozialwohnungen für Lübeck und Schleswig-Holstein  
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.06.2014  
Vorlage: VO/2014/02024
  - 8.2. Quote für sozialen Wohnungsbau einführen  
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.02.2015  
Vorlage: VO/2015/02530
9. **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**
  - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte  
Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.06.2015  
Vorlage: VO/2015/02730

- 9.2. Einrichtung der Koordinierungsstelle Asyl in der Stabsstelle Integration
- 9.3. Aktuelle Überlegungen des Landes zur Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Lübeck
- 9.4. Vorstellung der "Willkommensbroschüre"
- 9.5. Nachfolge Frau Böhme (Stabsstelle Gesundheitsförderung)
- 9.6. Neue Räume für die Lübecker Tafel e.V.
- 9.7. Einführung LübeckCard

## **10. Anfragen**

- 10.1. Stand Budgetverhandlungen mit den freien Trägern  
Anfrage des AM Antje Jansen
- 10.2. Anfrage des AM Yavuz Berrakkarasu  
Vorlage: VO/2015/02681

## **11. Anträge von Ausschussmitgliedern**

- 11.1. Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel:  
Betriebskostenspiegel  
Vorlage: VO/2015/02293
- 11.2. Mobilität für Flüchtlinge sicherstellen - Antrag von AM Antje Jansen  
Vorlage: VO/2015/02389

## **12. Verschiedenes**

## **18. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

## Öffentlicher Teil:

### **TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**

Der (stellv.) Vorsitzende eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die Öffentlichkeit.

Herr Sankewitz fehlt entschuldigt; dieser wird durch Herrn Schaffenberg vertreten; Frau Peters übernimmt wiederum die Vertretung für Herrn Schaffenberg.  
Herr Stabe wird durch Herrn Nehrhoff vertreten.

Alle anwesenden Ausschussmitglieder wurden bereits nach § 46 Abs. 6 GO verpflichtet.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

### **TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ wird weiterhin unter TOP 9.7 eine Mitteilung zur Einführung der LübeckCard gegeben.

Frau Akyurt zieht ihren Antrag zu TOP 11.1 „Betriebskostenspiegel“ zurück.  
Frau Jansen stellt ihren Antrag zu TOP 11.2 „Mobilität für Flüchtlinge sicherstellen“ bis zur nächsten Sitzung zurück.

Der Zuordnung der TOPe 13 bis 17 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

**Die Tagesordnung ist damit festgestellt.**

### **TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.05.2015**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.**

## TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

### Termininformationen

Vor Sitzungsbeginn wurden Termininformationen für die nächste Sitzung des Ausschusses umverteilt.

### Sommerfeste der SIE

Vor Sitzungsbeginn wurden die Termine der Sommerfeste in den städtischen SeniorInnenEinrichtungen umverteilt. Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, bei Interesse ihre Teilnahme bei Frau Roggensack anzuzeigen.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

## TOP 6 Berichte

### TOP 6.1 Bericht zum aktuellen Sachstand 'Prävention im Alter/Präventive Hausbesuche' vor dem Hintergrund des Gesamtkonzeptes Leben und Wohnen im Alter Vorlage: VO/2015/02479

Herr Jugert erscheint um 16.13 Uhr.

Der Bericht „Prävention im Alter“, der als Baustein des Gesamtkonzeptes *Leben und Wohnen im Alter* zu sehen ist, wurde unter Federführung des Bereiches Sicherung gemeinsam mit dem Gesundheitsamt erstellt. Beide Bereiche sehen aus ihrer täglichen Arbeit heraus die zwingende Notwendigkeit, älter werdende Menschen frühzeitig auf Hilfsangebote und Teilhabemöglichkeiten hinzuweisen, um Vereinsamung und Verwahrlosung vorzubeugen.

Herr Wulf führt zum Thema aus und beantwortet Fragen und Anmerkungen von Frau Menorca, Frau Akyurt, Frau Peters, Frau Regier, Frau Jansen, Herrn Klinkel und Herrn Thalau (Begriff „Wegweisung“; Beteiligung Krankenkassen; Sponsoren für Pilotprojekt/Kosten, Zeitfaktor, Altersgruppe u.a.).

**Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.**

Sodann wird zum Bericht auf Veranlassung von Frau Menorca folgender interfraktioneller Antrag formuliert:

Der Sozialausschuss fordert die Verwaltung auf, das Konzept „Prävention im Alter/ Präventive Hausbesuche“ weiter zu verfolgen und das weitere Vorgehen wie auf Seite 12 des Berichts dargestellt zu gestalten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag stattzugeben.

### TOP 6.2 Jahresbericht 2014 über die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten Vorlage: VO/2015/02724

Fragen von Frau Akyurt und Frau Menorca zur personellen Ausstattung des Bereiches 2.500 im Zusammenhang mit den steigenden Asylzahlen beantworten Frau Schwartz und Herr

Schindler.

Neben diversen (internen) Umsetzungen wurden bei Bürgermeister Saxe insgesamt 8 Anträge für externe Stellenausschreibungen gestellt, von denen am heutigen Tage bereits 3 freigegeben wurden.

Frau Dr. Butt, Frau Schwartz und Herr Schmüser beantworten Fragen von Frau Regier, Herrn Petereit und Frau Menorca zu den gemeldeten Daten im Produkt 414001 – Gesundheitsamt.

**Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.**

---

<b>TOP 7</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
--------------	--------------------------

---

<b>TOP 7.1</b>	<b>Zuschussverträge mit freien Trägern Vorlage: VO/2015/02665</b>
----------------	---

---

Die Vorlage wird kontrovers diskutiert.

Nachfragen zu dem der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Mustervertrag u.a. zur Refinanzierung der Personalkosten (§ 3 Abs. 5), zur Regelung des § 4 Abs. 8 Satz 1 sowie zu Seite 3 Buchstabe g) der Vorlage werden von Herrn Schmüser, Herrn Uhlig und Herrn Senator Schindler beantwortet.

Es sprechen Herr Petereit, Frau Jansen, Frau Akyurt, Herr Klinkel, Frau Sasse und Frau Regier.

Auf Wunsch von Frau Menorca und mit Zustimmung des Ausschusses werden außerdem Frau Martini -Caritasverband- und Frau Falk -Frauennotruf- (aus dem Publikum) gehört.

Herr Nehrhoff verlässt den Sitzungssaal um 16.58 Uhr.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, für alle in 2015 auslaufenden Verträge mit den freien Trägern Zuschussverträge anhand des als Anlage 1 beigefügten Mustervertrages abzuschließen.
2. Soweit umsatzsteuerrechtlich möglich, werden zu den Zuschussverträgen konkretisierende Zielvereinbarungen abgeschlossen.

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.**

Frau Jansen erklärt auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass sich ihre Anfrage unter TOP 10.1 „Stand Budgetverhandlungen mit den freien Trägern“ damit erledigt hat.

Herr Nehrhoff kehrt um 17.20 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

---

<b>TOP 8</b>	<b>Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
--------------	--

---

<b>TOP 8.1</b>	<b>Mehr Sozialwohnungen für Lübeck und Schleswig-Holstein Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.06.2014 Vorlage: VO/2014/02024</b>
----------------	---

---

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der

Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales überwiesen. Die Angelegenheit wurde in der Sitzung am 04.11.2014 „bis zum Sommer 2015“ vertagt.

Frau Jansen erklärt auf Nachfrage, dass sie den Antrag im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Senator Schindler in der o.a. Sitzung am 04.11.2014 nicht aufrechterhalten wolle.

### **Antrag:**

Die Bürgerschaft stellt fest, dass sich mit dem Wegfall der Belegungsbindung für landesweit 15.000 Sozialwohnungen zum 30.06.2014 die Situation auf dem Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringen Einkommen dramatisch verschlechtert. Besonders betroffen sind Gebiete mit Mangel an preiswertem Wohnraum, wie das Hamburger Umland, die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck sowie einzelne Bädergemeinden.

Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, ihre Bemühungen bei der Schaffung preiswerter Mietwohnungen zu intensivieren, ihre Förderpolitik dahingehend auszurichten und mit einer langfristigen Strategie den sukzessiven Wiederaufbau eines größeren Sozialwohnungsbestandes einzuleiten.

- Dazu sollen weitere Landesmittel bereitgestellt werden.

- Das Zweckvermögen Wohnungsbau soll wieder gänzlich für die Wohnraumförderung Verwendung finden. Aus dem Zweckvermögen abgezweigte Mittel, wie jene für die Krankenhaussanierung, sollen zukünftig wieder aus dem Landeshaushalt bezahlt werden.

- Die derzeit von der Landesregierung praktizierte Eigenheimförderung soll in den genannten Gebieten zu Gunsten des Mietwohnungsbaus umgeschichtet werden.

Der Bürgermeister und die Vertreterinnen und Vertreter der Universitätsstadt Lübeck in den Gremien von Städtebund und Städtetag werden aufgefordert, sich mit der Landesregierung über zielführende Beiträge der Kommunen zu dieser Strategie zu verständigen.

### **Begründung:**

Mit dem am 01.07.2009 in Kraft getretenen Wohnraumförderungsgesetz (SHWoFG) ist die Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein völlig neu geregelt worden. Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens gezahlte Kostenmiete wurde als "Basismiete" neu definiert und für fünf Jahre festgeschrieben. Zusätzlich sind die öffentlich-rechtlichen Belegungsbindungen, die Laufzeiten zwischen 45 und 70 Jahren beinhalteten, auf eine Laufzeit von maximal 35 Jahren verkürzt worden. Mit dem 30.06.2014 verlieren von den knapp 65.000 verbliebenen Sozialwohnungen infolge der Gesetzesänderung gleich 15.000 ihre Belegungsbindungen.

Damit sinkt der Bestand besonders preiswerter Wohnungen auf unter 50.000 Einheiten.

Davon betroffen sind die Gebiete, die ohnehin schon unter Druck stehen, neben dem Hamburger Umland, einigen touristisch stark nachgefragten Bädergemeinden besonders die schleswig - holsteinischen Großstädte Lübeck und Kiel.

Um einen nennenswerten Dämpfungseffekt auf den Wohnungsmarkt auszuüben und sicherzustellen, dass einkommensschwache Haushalte eine realistische Chance haben, eine preiswerte Wohnung zu bekommen, müssten nach Berechnungen des Pestel-Institutes in Hannover für Schleswig-Holstein 152.000 Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Die derzeitige Versorgung mit preiswertem Wohnraum deckt somit nur ein Drittel des festgestellten Bedarfs. Gleichzeitig nimmt die Zahl einkommensschwacher Haushalte dramatisch zu. Prekäre Arbeitsverhältnisse, gebrochene Erwerbsbiografien, sinkende Renten, eine zunehmende Altersarmut und die Zunahme von Singlehaushalten führen unweigerlich zu einem Anstieg der relativen Wohnkostenbelastung, sodass ein steigender Bedarf an Sozialwohnungen objektiv festzustellen ist.

**Frau Jansen zieht den Antrag zurück.**

**Der Ausschuss sieht den Überweisungsauftrag damit als erledigt an.**

**TOP 8.2      Quote für sozialen Wohnungsbau einführen  
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.02.2015  
Vorlage: VO/2015/02530**

Der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wurde mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft an den Bauausschuss und an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

Im Bauausschuss erfolgte eine Beratung in der Sitzung am 16.03.2015. Dieser empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 05.05.2015 wurde die Angelegenheit vertagt.

Der interfraktionelle Antrag wird diskutiert. Es erfolgen Wortbeiträge von Frau Menorca, Frau Akyurt, Herrn Klinkel und Frau Jansen.

Frau Jansen und Frau Akyurt stellen insbesondere den Bedarf für den sozialen Wohnungsbau in der Hansestadt Lübeck heraus. Herr Schindler führt aus, in welchem Umfang bereits geförderter Wohnungsbau realisiert wurde und auch noch geplant ist.

Frau Harnack ergänzt, dass die Empfehlung des Bauausschusses am 16.03.2015, den Antrag abzulehnen, auch im Hinblick auf die Beschlusslage zu "Lübeck 2030" erfolgte. Danach sind im Geschosswohnungsbau vorzugsweise Flächen für den geförderten Wohnungsbau zu entwickeln.

**Antrag:**

Der Bürgermeister wird aufgefordert zu prüfen,

1. ob in allen noch nicht rechtsgültigen Bebauungsplänen, die Wohnbauflächen vorsehen, 30% der Flächen gemäß § 9 Abs. (1) Punkt 7 BauGB für geförderten Wohnungsbau festzusetzen möglich ist, wie schon beim Antrag „Bebauung Falkenstraße“ mit 50% Sozialer Wohnungsbau bei 30% Mietwohnungsanteil beschlossen.
2. ob in städtebaulichen Verträgen mit privaten Bauherren eine 30%-Quote für Wohnungsbau mit Mietpreisbindung zu gewährleisten möglich ist.
3. Der Bürgermeister wird aufgefordert zu berichten, welche Kommunen ähnliche Regelungen haben.

Der Bericht möge der Bürgerschaft bis zur Märzsession 2015 vorliegen.

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, den Antrag zurückzuweisen.**

**TOP 9      Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**

**TOP 9.1      Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte  
Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.06.2015  
Vorlage: VO/2015/02730**

Die Liste liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

## **TOP 9.2      Einrichtung der Koordinierungsstelle Asyl in der Stabsstelle Integration**

Herr Senator Schindler führt aus, dass die Koordinierungsstelle Asyl an die Stabsstelle Integration angegliedert wird.

Für die Aufgabenerfüllung stehen 3 Stellen zur Verfügung. Frau Seeberger übernimmt die Leitung; die ehemalige Stelle von Frau Nimz ist durch Frau Grell besetzt; eine weitere Stelle ist z.Zt. noch unbesetzt.

Kernaufgaben der Koordinierungsstelle Asyl sind nach Auskunft von Frau Seeberger

- die Zusammenführung aller Bereiche, die mit dem Thema Asyl befasst sind, in einem Netzwerk
- die externe Koordination aller ehrenamtlichen Initiativen.

Daneben ist beispielsweise auch ein Internetauftritt in Bearbeitung.

Fragen von Frau Akyurt und Frau Menorca beantwortet Frau Seeberger.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

## **TOP 9.3      Aktuelle Überlegungen des Landes zur Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Lübeck**

Die Angelegenheit war in der Sitzung des Ausschusses am 05.05.2015 vertagt worden.

Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Ereignisse (Einwohnerversammlung im Audimax, Beratung des Letter of Intent in den betr. Gremien, Vorlage für Grundstücksverkauf etc.) verweist Herr Senator Schindler noch auf die morgige Informationsveranstaltung mit dem Innenminister in der MuK.

Es sprechen außerdem Frau Jansen, Frau Menorca, Frau Akyurt, Frau Gersdorf, Herr Petereit sowie Herr Schaffenberg.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

Herr Thalau verlässt die Sitzung um 17.53 Uhr.

## **TOP 9.4      Vorstellung der "Willkommensbroschüre"**

Frau Seeberger stellt die - durch das Land voll finanzierte - Broschüre als einen „Beitrag zur Erstintegration“ vor.

Die Willkommensbroschüre wird den Ausschussmitgliedern in den kommenden Tagen per e-mail zur Verfügung gestellt und ist auch im Internet eingestellt.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

## **TOP 9.5      Nachfolge Frau Böhme (Stabsstelle Gesundheitsförderung)**

Es sprechen Herr Senator Schindler und Frau Beuck sowie Frau Dr. Butt.

Eine interne Stellenbesetzung (Umsetzung) ist nicht gelungen; eine offizielle Stellenausschreibung erfolgte bisher nicht.

Nach Auskunft von Herrn Senator Schindler soll nun zunächst das Ergebnis der geplanten Geschäftsprozessoptimierung abgewartet werden, die von einem externen Gutachter durchgeführt wird.

Frau Akyurt, Herr Klinkel, Herr Nehrhoff, Frau Jansen, Frau Menorca, Herr Schlitzke und Herr Petereit äußern sich kritisch zu der aufgezeigten Vorgehensweise.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

#### **TOP 9.6 Neue Räume für die Lübecker Tafel e.V.**

Herr Senator Schindler informiert über die neuen Räumlichkeiten der Lübecker Tafel e.V. am Kolberger Platz.

Der Mietvertrag mit der TRAVE Grundstücksgesellschaft mbH ist befristet auf 2 Jahre.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

#### **TOP 9.7 Einführung LübeckCard**

Die LübeckCard wurde zum 01.06.2015 eingeführt.

Herr Senator Schindler dankt Herrn Wulf und seinem Team für seine Arbeit und sein Engagement.

Der Ausschuss wird fortlaufend über die weitere Entwicklung der LübeckCard informiert.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

#### **TOP 10 Anfragen**

##### **TOP 10.1 Stand Budgetverhandlungen mit den freien Trägern Anfrage des AM Antje Jansen**

Siehe TOP 7.1

**-erledigt-**

##### **TOP 10.2 Anfrage des AM Yavuz Berrakkarasu Vorlage: VO/2015/02681**

Die schriftliche Antwort der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung am 07.07.2015.

Herr Berrakkarasu ist einverstanden.

#### **TOP 11 Anträge von Ausschussmitgliedern**

##### **TOP 11.1 Antrag der Ausschussmitglieder Michelle Akyurt und Rolf Klinkel: Betriebskostenspiegel Vorlage: VO/2015/02293**

Siehe TOP 3

**-zurückgezogen-**

**TOP 11.2    Mobilität für Flüchtlinge sicherstellen - Antrag von AM Antje Jansen  
Vorlage: VO/2015/02389**

Siehe TOP 3

**-zurückgestellt-**

**TOP 12        Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 07.07.2015, im VZM Mühlentor statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

**TOP 18        Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 13. Juli 2015

Ingo Schaffenberg  
Vorsitzender

Britta Bormann  
Protokollführung